

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ - Gemeinderäte Maximilian Krauss, MA, Ing. Udo Guggenbichler, MSc und Wolfgang Seidl betreffend „Pflicht zur Bevorratung bei Pellets“, eingebracht in der Gemeinderatssitzung am 25. Jänner 2023 zu Post 18

Preisanstiege um bis zu 150 Prozent – und das innerhalb eines Jahres: Die Kosten für Pellets sind zwischen November 2021 und November 2022 in lichte Höhen geklettert. Mittlerweile sinken die Preise wieder etwas, bleiben aber auf einem hohen Niveau. Die Gründe dafür sind laut Branche „Extremsituationen“ – sowohl beim Angebot als auch bei der Nachfrage.

Aufgrund der kriegerischen Auseinandersetzung in der Ukraine fielen mit einem Schlag wichtige Importe aus der Ukraine, Russland und Belarus weg. Gleichzeitig wuchs die Nachfrage nach Holz. Allein im letzten Jahr wurden 20.000 neue Pellets-kessel installiert. Dazu kam, dass sich der Preisauftrieb im vergangenen Jahr selbst befeuerte: Da Konsumenten Angst hatten, dass es zu einer Knappheit kommt, kauften viele früher als sonst und trieben damit die Preise zusätzlich in die Höhe.

Um Preissprünge wie im letzten Jahr zu verhindern, schlägt die Branchenvertretung nun eine gesetzliche Bevorratung vor, wie sie etwa im Ölsektor üblich ist. Die Branche soll dazu verpflichtet werden, gewisse Pelletsmengen auf Lager zu halten. Die Idee: Wenn alle wissen, dass es im Notfall genug Heizmaterial gibt, können die Preise nicht unkontrolliert in die Höhe schießen.

Konkret vorgeschlagen werden zwei Lager zu jeweils fünf Prozent des gesamten Jahresverbrauchs: ein saisonales, das jedes Jahr automatisch am 15. Dezember freigegeben wird, und ein strategisches, das der Staat im Fall von Versorgungsproblemen aktivieren kann. Die Branche müsste jährlich also rund 130.000 Tonnen Pellets bereithalten. Finanzieren sollen das die verpflichteten Unternehmen selbst und nicht der Staat.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Wiener Gemeinderates nachfolgenden

B e s c h l u s s a n t r a g

Der Wiener Gemeinderat spricht sich für eine Bevorratung bei Pellets aus und fordert die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie auf, eine Verankerung der Verpflichtung zur Pellets-Bevorratung für Produzenten und Importeure in der Rechtsordnung zu veranlassen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.